

Innovativ in Sachsen: Das Kommunale Bildungsbüro Grimma

Motivation: Wer verantwortet Bildungsbiografien?

Bildungsbiografien gelingen, gelingen leidlich oder gelingen nicht. Wer trägt dafür die Verantwortung? Die Kinder, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen selbst, die sich ihrer eigenen Interessen, Stärken und Talente mehr oder weniger bewusst geworden sind? Eltern, denen es oft genug schwer fällt, die Beziehung zu ihren Kindern zu einem Humus familiärer Förderung werden zu lassen? Lehrer, die in einem Schulsystem gefangen sind, in dem Verantwortung mehrfach fragmentiert wird – nach Schularten wie nach Zuständigkeiten für „innere“ und „äußere“ Schulangelegenheiten in der ganzen Bandbreite staatlicher Verwaltungsstrukturen?

Wer verantwortet, aus einem ganzheitlichen Blick auf individuelle Bildungsbiografien heraus, deren Gelingen?

Bildungsbüros als Ausdruck kommunaler Bildungsverantwortung

Die jüngere und jüngste Schulforschung verweist auf die Kommunen oder auch auf Regionen (im Sinne überschaubarer Landkreise) als Träger dieser Verantwortung. Mit den Begriffen der kommunalen bzw. regionalen Bildungsverantwortung wird ein Ansatz beschrieben, der diese Verantwortung in die Lebenswelt der Heranwachsenden und ihrer „Mentoren“ zurückführt. Letztlich spiegelt sich in dieser Tendenz die alte Einsicht, dass es „ein Dorf braucht, um ein Kind großzuziehen“.

Kommunale Bildungsverantwortung wahrzunehmen, dort, wo die Kinder unserer Gesellschaft aufwachsen, heißt zunächst, jene Systemteile (wieder) zusammenführen, deren Fragmentierung das Gelingen von Bildungsbiografien jedenfalls nicht erleichtert. Das beginnt mit einem runden Tisch von Leitern von Bildungseinrichtungen, die eben nicht nur Schulleiter aus dem gegliederten System, sondern auch Leiter von frühpädagogischen Einrichtungen und Horten, von Musikschulen und Trägern freizeitpädagogischer Angebote sind. In diesem (sicher zu erweiternden) Kreis wären jene Verabredungen zu treffen, die sich fördernd auf das Gelingen von Bildungsbiografien auswirken. Solche Punkte sind u.a. die

Unterstützung der Akteure (Kinder/Jugendliche, Eltern, Lehrer/Erzieher) in Übergangssituationen

(Kindertagesstätte → Primarstufe, Primarstufe → Sekundarstufe, Sekundarstufe → berufsbildende Schulen).

Wie steht es um unterrichtsbezogene Kooperation zwischen abgebenden und aufnehmenden Schulen? Wie lässt sich ein Lehreraustausch zwischen den einzelnen Schularten einrichten? Welchen Lernkulturen begegnen Kinder und Jugendliche im Verlauf ihrer Bildungsbiografie? - Ein (und ein wichtiger!) Indikator für einen gelingenden Übergang in die Berufswelt ist die „Ausbildungsreife“: Wie unterstützt die Kommune diesem Ziel dienende Kooperationsprojekte regionaler Unternehmen mit Schulen? Welche Wege zur Ausbildungsreife können als *best practice* verbreitet werden, um nachhaltig qualifizierte Arbeitskräfte als Standortvorteil in der Region zu binden?

Weiterentwicklung schul- und schulformübergreifender Angebote

Solange der Gedanke längeren gemeinsamen Lernens vom System negiert wird, sollte es in weiterführenden Schulen begleitende Lernarrangements geben, in denen sich verschiedene Erfahrungswelten einzelner Schülergruppen begegnen und wo durch das bewusste Sich-Einlassen auf Heterogenität eine Vielfalt von Lernwegen und Lösungsstrategien für die Heranwachsenden erlebbar wird. Dieser Anspruch wie auch die eingeforderte Unterstützung in Übergangssituationen erscheinen mehr als geeignet, den noch immer unaufgelösten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischer Leistung in seiner Wirksamkeit zu mindern.

Erziehung, Bildung und Betreuung gehen im Erleben der Heranwachsenden ineinander über. Kommunale Bildungsverantwortung sollte deshalb auch aus einer möglichst großen Nähe von Lehrern und Sozialpädagogen heraus wahrgenommen werden. Dem sollen regionale, für beide (Teil-)Gruppen gemeinsam organisierte Fortbildungen dienen.

Handlungsfelder wie die hier dargestellten gehen weit über das bisherige Verständnis kommunaler Bildungsverwaltung hinaus. Um sich dieser Aufgaben anzunehmen, braucht es eine Institution, die sich in mehreren Bundesländern bereits als **Kommunales Bildungsbüro** etabliert hat. Kommunale Bildungsbüros sind mithin Einrichtungen, die zu Fragen lebenslangen Lernens in seiner ganzen Bandbreite beraten und gleichzeitig Unterstützungsleistungen für die Bildungseinrichtungen der Kommune bzw. der nahen Region erbringen. Neben den bereits genannten Fragestellungen beziehen sich die Angebote zu Beratung und Unterstützung ausdrücklich auch auf die Entwicklung der einzelnen Einrichtungen (u.a. Beratung zu Schulentwicklungsprozessen, Fortbildung für/Begleitung von Steuergruppen zur Schulprogrammarbeit).

Finanzierung

Der Aufbau eines kommunalen Bildungsbüros kann aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert werden (Förderfibel Sachsen: Vorhaben der sächsischen Bildungspolitik, mitfinanziert aus dem ESF/Nr. 07460).